

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 41.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Köln.

Köln, den 14. Oktober 1910.

Inserationspreis für die viersp. Zeile 30 Pfg. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

## Die gewerkschaftliche Jugendorganisation.

„Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft“. Die Wahrheit dieses Wortes ist offensichtlich. Bewegungen und Ideen, die nicht nur für den Tag gelten wollen, bedürfen des Nachwuchses. Auch die christlichen Gewerkschaften müssen die Jugend gewinnen.

Einzelne Verbände sind bereits dazu übergegangen, für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge besondere Einrichtungen zu treffen, die eine gewerkschaftliche Aufklärung der jungen Berufsangehörigen ermöglichen. So verfügt der Guttenbergbund über Lehrlingsabteilungen und ein Organ für die Jugendlichen. — Der Graphische Zentralverband hat ebenfalls eine Lehrlingsabteilung eingerichtet. In letzter Zeit wirbt auch der Metallarbeiterverband energisch für die geschaffenen Jugendabteilungen. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter hat sich auf seinem letzten Verbandstage in Münster mit der Frage der Organisierung der Jugendlichen befaßt und wurde der Zentralvorstand beauftragt, den Zahlstellen entsprechende Anweisungen zu geben.

Bei der Arbeit der Gewerkschaften für die Jugend wird zu unterscheiden sein, zwischen der Arbeit für die (ungelehrten) jugendlichen Arbeitern und den Lehrlingen. Erstere können ohne Bedenken der Organisation zugeführt werden. In unserem Verbandslande läßt sich dieses heute schon im Rahmen des Statuts ermöglichen, indem die Jugendlichen den Beitrag entrichten, der für weibliche Mitglieder festgesetzt ist. Für die Lehrlinge hingegen wird sich eine feste Organisation kaum empfehlen. Es müssen da die Zahlstellen schon mit anderen Mitteln Führung zu halten und Aufklärung zu schaffen versuchen.

Die Gegner sind uns in der Gewinnung der Jugend für ihre Ideen bereits weit voraus. Neben den sozialdemokratischen Jugendaussschüssen arbeiten die sozialdemokratischen Gewerkschaften mit aller Macht an der Gewinnung der Jugend. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband allein zählt nach seinem Jahrbuch für das Jahr 1909 bereits 43 000 Mitglieder unter 18 Jahren. Die Graphische Presse, das Organ des sozialdemokratischen Lithographenverbandes Nr. 34 vom 26. August 1910, berichtet, daß der genannten Organisation in der Lehrlingsabteilung angehören: 57,1 Proz. aller Lithographenlehrlinge, 68 Proz. der Steindrucker, 86,8 der Chemigraphen, 58,3 der Lichtdrucker, 63,3 der Kupferdrucker. Es dürfte überhaupt keine sozialdemokratische Gewerkschaft geben, die in der letzten Zeit der Organisierung der Jugendlichen nicht nähergetreten ist.

Wäre die Arbeiterjugend nicht an und für sich des Schutzes der Gewerkschaft bedürftig, so wäre die Arbeit der politischen und gewerkschaftlichen Sozialdemokratie schon Grund genug, die Jugend für die christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. Man kann ja geteilter Ansicht darüber sein, ob es zweckmäßig und angebracht ist, die Jugend schon so frühzeitig in die rauen Kämpfe des Wirtschaftslebens hineinzuziehen. Allein da die Sozialdemokratie schon seit Jahren mit allem Nachdruck die Jugend für sich zu gewinnen sucht und in allen bedeutenderen Orten bereits sozialdemokratische Jugendaussschüsse eingesetzt sind, die meist eine energische Tätigkeit entfalten, ist's mit einem Grübeln über das dem Gemüt der Jugend Zusagende oder unzutragliche der Sache nicht mehr getan.

Die christlichen Gewerkschaften müssen, wenn ihnen die sozialdemokratische Bewegung nicht den jugendlichen Zuwachs abhandeln soll, den gleichen Schritt tun wie jene. Ein Jugendlicher, der einmal für die sozialdemokr. Gewerkschaft gewonnen ist, dürfte ihr dauernd anheimfallen. Der Jugendliche ist im Vertrieb abhängig vom Willen seiner Vorgesetzten und Mitarbeiter, und diese können ihm schon das Leben sauer machen, falls er nicht den Wünschen nach Eintritt in die sozialdemokratische Gewerkschaft willfährt. Da muß der Schutz der christlichen Gewerkschaft eintreten, die durch ihre Mitglieder den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite steht.

Aber die konfessionellen Jugendvereine! Leiden die nicht Abbruch mit der gekennzeichneten Tätigkeit der christlichen Gewerkschaften? Das ist ungewisselhaft die Ansicht vieler, vieler Kreise. U. G. kann ein konfessioneller Jugendverein nicht die Aufgaben der Gewerkschaften gegenüber den Jugendlichen erfüllen; ihm fehlen die älteren Mitglieder, die lediglich auf der Arbeitsstelle die Beziehungen zur Jugend unterhalten; er kann viele Aufgaben nicht in Angriff nehmen, an deren Verwirklichung die gewerkschaftlichen Organisationen arbeiten und womit man die Jugend für die sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen versucht.

Wo deshalb Jugendabteilungen in den christlichen Gewerkschaften gegründet werden, ist dieses keine Konkurrenz der konfessionellen Jugendvereine. Besonders stellen die Jugendabteilungen keine „interkonfessionellen Jugendvereine“ mit ungelösten Aufgaben dar, sondern sie halten sich im

Rahmen der Gewerkschaftstätigkeit. Es wird daher notwendig werden, daß zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Jugendvereinigungen ebenso eine Abgrenzung des Tätigkeitsgebietes erfolgt, wie das zwischen den katholischen Arbeitervereinen West- und Süddeutschlands seinerzeit geschehen ist. Die christlichen Gewerkschaften können sich nicht mit den Bildungs- und Erziehungsansagen befassen, die den konfessionellen Jugendvereinen zufallen.

Ein freundschaftliches Verhältnis der beiden Arten von Vereinigungen ist daher durchaus wünschenswert. Als Aufgaben der Gewerkschafts-Jugendabteilung dürften in Betracht kommen: Fortwährender Hinweis der gelehrten jugendlichen Arbeiter auf eine gezielte Fachbildung; Ausgestaltung der Lehrverträge; Stellennachweis; Schutz, Rat und Hilfe auf der Werkstätte; Erteilung von Rechtsschutz; Gewährung von Unterstützungen.

Daraus ergibt sich, daß das Arbeitsgebiet der konfessionellen Jugendvereine diesen uneingeschränkt erhalten bleibt und daß auch die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Jugendabteilung sich nur zum geringsten Teile in Versammlungen vollzieht. Die Gewerkschaften übernehmen nur eine Reihe wirtschaftlicher Aufgaben, zu deren Lösung der konfessionelle Jugendverein nicht fähig ist. — In welcher Weise die Zahlstellen unseres Verbandes die Frage der Organisierung der Jugendlichen behandeln können, wird demnächst vom Zentralvorstand durch Zirkular mitgeteilt werden.

## Zwei Jahrzehnte internationaler Arbeiterschutzes.

Das Jahr 1890, bekannt durch die Kaiserlichen Februar-erlasse, brachte auch auf Anregung des deutschen Kaisers die Berliner Staatenkonferenz zur Beratung der Frage des internationalen Arbeiterschutzes. Am 5. März dieses Jahres waren seit dieser Konferenz 20 Jahre verstrichen. Wurde auch damals vermieden, irgendwelche Beschlüsse zu fassen, so ist doch seit jener Zeit der Frage der internationalen Regelung des Arbeiterschutzes eine größere Beachtung zuteil geworden. Nach der Staatenkonferenz fand 1897 der internationale Arbeiterschuttkongress in Zürich statt, der, wenn er auch ohne nachhaltige Wirkungen blieb, so doch der christlichen Arbeiterbewegung Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz einen kräftigen Anstoß zur Bestimmung auf die eigene Kraft gab. Die Regierungen, die insgesamt der Züricher Tagung fernblieben, fanden sich im gleichen Jahre auf Anregung Belgiens zu einer zweiten Staatenkonferenz zusammen. Direkte Erfolge blieben auch dieser Tagung verjagt. Im Jahre 1900, gelegentlich der Pariser Weltausstellung, fanden sich dann im Pariser Sozial-Museum die besten Kräfte der Züricher und Brüsseler Konferenz zusammen. Jetzt erfolgte die Gründung der „Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutzes“, die sich mit Beginn des Jahres 1901 konstituierte. Die deutsche Sektion dieser Vereinigung verlor sich in unserer „Gesellschaft für Sozialreform“. Als Mittelpunkt der internationalen Arbeiterschutzbewegungen dient das von der „Vereinigung“ geschaffene internationale Arbeitsamt in Basel (Schweiz).

Mit der Gründung der Internationalen Vereinigung waren endlich die Bestrebungen für den internationalen Arbeiterschutzes in eine Bahn gebracht, die praktische Erfolge versprach. Die Regierungen der verschiedenen Länder beteiligten sich von Anfang an durch Entsendung von Vertretern zu ihren Konferenzen sowie durch materielle Unterstützung des Arbeitsamtes. Bis jetzt hat die Vereinigung vier Konferenzen abgehalten, die jüngste tagte Ende September d. J. in Lugano. Als Erfolge ihrer Bestrebungen sind zu verzeichnen die auf der Berner Konferenz im Jahre 1905 zwischen den verschiedenen Staaten getroffenen Vereinbarungen über das Verbot des weißen Phosphors für die Anfertigung von Zündhölzern und das Verbot der Nachtarbeit für Frauen. Dem Phosphorverbot traten sofort sieben Staaten bei: Deutschland, Schweiz, Oesterreich, Ungarn, Belgien, Spanien und Portugal, dem Verbot der Nachtarbeit für Frauen vierzehn Staaten. Nur Großbritannien und Schweden haben sich bis jetzt zurückgehalten. In den meisten Staaten ist der Berner Konvention bereits durch Gesetz Rechnung getragen. Weitere Beratungsgegenstände waren die Nachtarbeit der jugendlichen Arbeiter, die Kinderarbeit, die Heimarbeit, die Frage der gewerkschaftlichen Gifte, der Maximalarbeitszeit und die Behandlung ausländischer Arbeiter bei Betriebsunfällen. Zu all diesen Fragen liegen bereits detaillierte Beschlüsse vor. Besonders bedeutungsvoll ist die Arbeit der Internationalen Vereinigung in der Frage der gewerkschaftlichen Gifte, speziell in der Verwendung von Bleiweiß. Hier dürfte es auch zu allererst zu neuen internationalen Verständigungen kommen. Auf der Konferenz in Köln im Jahre 1902 wurde ein Preis-ausschreiben erlassen für die beste Arbeit betreffend die Bekämpfung der Bleiweißgefahren in den verschiedenen Gewerben. Ein ungenannter Freund der Sozialpolitik hatte der Vereinigung dafür 20 000 Mark zur Verfügung gestellt. Besonders lebhaft ist auf der letzten Konferenz erörtert worden die Frage der Maximalarbeitszeit für die erwachsenen Arbeiter. Auch die diesjährige Konferenz in Lugano hat sich mit dieser Frage befaßt. Der Behn-

stundentag für die Frauen, der in Deutschland bereits verwirklicht ist, scheint am nächsten Aussicht zu haben für eine internationale Verständigung.

Die Gesamtmitgliedszahl der Internationalen Vereinigung beläuft sich heute auf 5327. Das Arbeitsamt stand im Jahre 1908 mit 746 Amtsstellen, Behörden, Einzelstaaten und Bundesregierungen in ständiger Korrespondenz. Das von ihm herausgegebene Bulletin ist eine ausgezeichnete Revue über den internationalen Arbeiterschutzes.

Trotz der großen Schwierigkeiten, unter denen sich naturgemäß internationale Regelungen des Arbeiterschutzes vollziehen, ist der Vereinigung der Erfolg nicht verjagt geblieben. Festgestellt verdient dabei zu werden, daß die Sozialdemokratie, welche sich ganz besonders rühmt, international zu sein, sich größtenteils von diesen Bestrebungen ferngehalten hat. Nur vereinzelte Sozialisten, wie der französische Minister Millerand, der belgische Sozialist Fektor Denis und der schweizerische Arbeitersekretär Greulich, haben bisher praktisch mitgearbeitet. Die deutsche Sozialdemokratie hat anfänglich nur Spott und Hohn für diese Bestrebungen gehabt. Aber in den letzten Jahren scheint auch hier eine bessere Bewertung der Tätigkeit der Vereinigung eingetreten zu sein. Schließlich spricht der praktische Erfolg für eine Sache.

## Das deutsche Kunstgewerbe.\*)

I.

In dem Augenblick, wo unser Kunstgewerbe in Brüssel zu Gast ist, um innerhalb einer Weltausstellung Reifezeit von seinen Fähigkeiten und Zielen zu geben, ziemt es sich, bevor wir von der eigenen Leistung sprechen, dessen zu gedenken, was deutsche Gewerbetreibende ihren belgischen Genossen verdanken. Wir können und wollen nicht der Erinnerung ausweichen, daß die Reformideen, die unsern Kunstgewerbe zu einer Art neuer Heilbrunn geworden sind, auf ihrem Wege von England in wesentlichen Teilen über Belgien zu uns gekommen sind, und daß sie, uns zum Nutzen, in diesem Lande industrieller Qualitäten gleich mancher falschen Romantik entkleidet worden sind. Kein deutscher Gewerbetreibender kann diese Weltausstellung besuchen, ohne sich einst vielgenannter Namen, wie Lemmen und Fusch, Serrurier-Bovy oder Porta zu erinnern. Vor allem aber denkt der Deutsche in Brüssel an den seit einem Jahrzehnt in Deutschland lebenden und wirkenden Belgier, der unsern Kunstgewerbe zu einem wichtigen Führer, zu einem vielumstrittenen Anreger und dessen Arbeit zu einer nicht mehr fortzubehaltenden Schwelgerenergie des deutschen Kunstgewerbes geworden ist: an Henry van de Velde. Es kennzeichnet die Situation, daß dieser Künstler, wenn er in Brüssel seinem geistigen Range entsprechend als Aussteller erschienen wäre, in Belgiegenheit hätte kommen müssen, ob er sich der belgischen oder der deutschen Sektion anschließen sollte. Belgien hat ihn geboren und erzogen, hat ihm den revolutionären Willen gegeben und auch die Traditionen; Deutschland ist ihm zur zweiten Heimat geworden, es hat ihm Arbeitsmöglichkeiten geschaffen, hat seinen Ideen die Resonanz gewekt und ihm einen bevorzugten Platz unter Gleichstrebenden angewiesen. Der Name dieses Künstlers steht darum auch als ein Monument der Geistes-sympathie zwischen Deutschland und Belgien da; die Arbeit van de Velde ist uns insofern symbolisch, als wir in ihr, wie in allen höchsten Ausprägungen des belgischen Geistes, eine Synthese der germanischen und der romanischen Art erblicken.

Wir nehmen diese Arbeit eines der besten lebenden Belgier innerhalb des deutschen Kunstgewerbes, dann aber auch als eine Bestätigung unseres Wertes und als ein Zeichen der Anziehungskraft unserer sich erneuernden architektonischen Kräfte. Mit ruhigem und gar nicht prästendendem Selbstgefühl nehmen wir diese Genossenschaft als ein Symptom dafür, daß die große sittlich künstlerische Reformidee, die in den englischen Metallwerkstätten derer um Morris, die in den schreibenden derer um Austin das Licht des Selbstbewußtseins erblickte, und die in Belgien dann entscheidend modernisiert, sozialisiert und individualisiert wurde, daß diese Idee im heutigen Deutschland, wirtschaftlich sowohl wie künstlerisch, zu einer Industrie, Handel und Kunst beherrschenden Größmacht herangewachsen ist. Und als weitere Bestätigungen der Arbeitsfähigkeit des deutschen Kunstgewerbes nehmen wir es, daß auch in vielen anderen Fällen fremde, wenn auch fremdverwandte Künstler über die Grenzen zu uns herüber gezogen werden; denn wenn Künstler anderer Nationalität zu unserer Arbeit Vertrauen haben, dürfen wir es um so mehr zu uns selbst haben.

Diese Fähigkeit, reiche Arbeitsgelegenheiten zu schaffen und sich kräftig zu erneuern, verdankt unser Kunstgewerbe — neben dem international wirksamen Zeitenergie, die auf Industrialisierung, Weltwirtschaft und Großstadtentwicklung gerichtet sind, und die alle Kulturdörfer gleichmäßig zu einem ungeheuren wirtschaftlichen Weltkampf spornen, — vor allem dem von einem Reichsgedanken nun regierten, aber immer noch lebendigen deutschen Partikularismus. Wenn andere Länder eine einzige Hauptstadt und in ihr den allein wichtigen Mittelpunkt der Bundeskultur haben, so gibt es in Deutschland viele Kulturzentren. Der deutsche Partikularismus, der der Nation politisch einst viele Nachteile gebracht hat, erweist sich, wie er im wirtschaftlichen und geistigen Leben metamorphosiert fortlebt, als ein nicht geringer Vorteil. Das Reich muß allerdings einer Hauptstadt entbehren, die das ganze Deutschland zu repräsentieren vermöchte; doch haben die Hauptstädte der einzelnen Bundesstaaten und viele

\* Von Karl Scheffler, dem Katalog für das deutsche Kunstgewerbe, auf der Weltausstellung Brüssel 1910, entnommen.

Provinzialstädte dann eine Bedeutung, die über die der Mittelstädte anderer Länder hinausgeht. In Deutschland konnten viele Städte gleich dem Kunstgewerbe zu wichtigen Arbeitsstätten werden, weil sie alle ihrer ganzen Entwicklung nach embryonische Haupt- und Großstädte zu sein schienen. Dadurch ist in die kunstgewerbliche Produktion dann eine Mannigfaltigkeit und Regsamkeit gekommen, wie sie nirgend sonst gefunden werden. Durch den Geist eines lebendigen Partikularismus, der sich der großen nationalen Zusammenhänge und der gemeinsamen Ideen doch unerschütterlich in jedem Augenblick bewußt bleibt, vertheilt sich der schöpferische Geist so recht über das ganze Land. Es erstarkt bei dieser rationell betriebenen Dezentralisation das Zentralbewußtsein nur um so besser.

Trotzdem die Reformbewegung kaum fünfzehn Jahre alt ist, haben sich in einzelnen Städten schon besondere Stimmungen gebildet. Man darf innerhalb des neuen deutschen Kunstgewerbes von einem Münchener, Düsseldorf, Darmstädter oder Dresdener Stil sprechen. Denn jede Stadt scheint sich, in dem Maße, wie sie dem reformierten Kunstgewerbe zu einem Arbeitsmittelpunkt wird, auf ihre lokalen Traditionen zu besinnen und, auf sie gestützt, dann schulbildende Fähigkeiten zu entfalten. München, zum Beispiel, hat auch den neuen Kunststilern von jener sicheren, befürwortenden Haltung gegeben, die seit langem schon in den Ateliers dieser Malerstadt kultiviert worden ist. Diese süddeutsche Hauptstadt hat ihren Aufschwung mit Hilfe radikal umwertender Künstler wie Oskar und Pantol oder seiner Neufürsten, wie Kiemerschmid und Bruno Paul. Andere gewerblich schaffende Künstler, wie Kiemer und Berisch, Götschel, Troost, Veil und Birkenholz, stehen schon da als eine zweite Generation und als typische Vertreter einer neuen Münchener Schule. Und wie diesen kunstgewerblichen Musterarbeitern das Neue und Revolutionäre selbstverständlich zu werden beginnt, zeigt es sich, daß ihre Tätigkeitsdauer in noch lebendigen Traditionen wurzelt.

Zu dem an Ueberlieferungen viel ärmeren Düsseldorf, dem Zentrum einer Industriegegend, das eine neue Industriekultur gewissermaßen aus dem Nichts gewinnen muß, paßt dann wieder gut der eklektizistisch strenge, gewollt feierliche und repräsentative, tendenziell antiklassizistische Stil, der sich an den Namen des früheren Leiters der dortigen Kunstgewerbeschule Peter Behrens knüpft, der von dessen Mitarbeitern Sommerich, Boffel, Bentzschke, Schulte und Anderen und von vielen Schülern weiterkultiviert wird, und der sich über die ganzen westlichen Industriegebiete auszubreiten beginnt, was die kunstgewerbliche Arbeit in Städten wie Hagen, Erzebe, Köln, Elberfeld, Bielefeld aufs Beste beweist.

Zu einem Mittelpunkt kunstgewerblicher Interessen der Rheinlandschaften ist Darmstadt geworden. In diesem Fall ist die Initiative eines modernen empfindenden Fürsten, des Großherzogs von Hessen, ausschlaggebend gewesen. Zu verschiedenen Malen hat er Künstlergruppen in seine Residenz gerufen, hat sie eine Kolonie gründen lassen, wo das Kunstgewerbe in allen seinen Zeilen gepflegt worden ist und von wo aus sich neue Arbeitsideen, den Rhein hinauf und hinunter, haben verbreiten können. Mit dieser in der Geschichte des deutschen Kunstgewerbes für alle Zeiten merkwürdigen Gründung ist der Name des Bismarck-Nachbarn unsterblich verknüpft; es haben in Darmstadt gewirkt Peter Behrens, Fritz Haber und der Bildhauer Hubert, Hauptstein, Albin Müller, Einarz, Scharsvogel und viele Andere. Sie sind in der Weichheit ihres nicht selbst gewordener. Aber in die verlassenen Ateliers sind neue Künstler gezogen; und durch diesen Wechsel haben sich die neuen Ideen um so nachhaltiger ausgebreitet. Sie haben Raum gewonnen in dem sonst sehr konserverativen Stuttgart, wo jetzt eines der produktivsten Talente, wo Hermann Paulus lehrte und der vorzügliche H. Fischer baute. Die Ideen haben sich Karlsruhe erobert und durchdringen auch schon Industriestädte wie Mannheim, wie es die vorzügliche Gartenbauausstellung des Jahres 1907 bewies.

In den industriereichen Gegenden ist Dresden zu einem der mächtigsten deutschen Zentren geworden. In dieser Stadt hat man es in ausdehnlicher Weise verstanden, bedeutende Künstler zu sich hinzuziehen und mittels großorganisirter Jahresausstellungen der Stadt Führung zu schaffen. Die zu einer Musterstadt gewordene „Berliner“ hat dort aus kleinen Anfängen entstanden. Namen wie Ballot, Kreis, Löffler, Kühn und Schumacher weisen auf eine neue spezifische Dresdener Architektur; und H. Fischer und Kiemerschmid sind mit einem wesentlichen Teil ihrer Produktion nach Dresden gezogen worden.

Weiterhin kann man das neue deutsche Kunstgewerbe sich in Hamburg und Bremen, mit hantelndem Geschnitten, entwickeln sehen. Man sieht die neuen Ideen der Kunstindustrie und des schönen Handwerks in Provinzialstädten wie Magdeburg, Danzig oder Königsberg langsam aber unaufhaltsam emporkommen, man spürt die Arbeitsfähigkeit des reformierten Kunstgewerbes in den Handflächen des Glases, in Schmelzen, in Schmelzglasstein und in dem von man de Helde und Schulze-Kunzberg geschaffenen keramischen Erzeugnissen. Und man sieht alle diese nationalen Produktionen endlich auf Berlin's Reichthum zusammenfließen.

Berlin hat nie eigentlich die Führung gehabt, sondern hat sich jahrelang abwartend verhalten. Jetzt aber beginnt es mehr und mehr die Leitung anzunehmen und ihnen folgende Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Es hat eben jetzt seine kunstgewerbliche reorganisierung lassen, hat eines der eigenartigsten und originellsten Talente der Bewegung, August Gubel, an sich gezogen, hat Peter Behrens aus Düsseldorf herbeigerufen, und dem aus dem Lande zurückgekehrten Kunstgewerbestudium, dem aus England mit hartem Willen zum Siege und dem hiesigen heimischen Heimann Kallmann einen schönen Wirkungsbereich gesichert.

Den Künstler, der Künstler und Verwaltungsbeamter in einer Person ist, und der seitdem das deutsche Kunstgewerbe durch sein hohes Talent hat, geht auch in wesentlichen die durchgreifende Reform der deutschen Kunstgewerbeschulen aus, die als ein wichtiger Teil der neuen Bewegung zu betrachten ist. In den Kunstschulen, die heute schon allgemein über die Grundzüge kunstgewerblicher Handarbeit vertritt, hat es sich seit langem, wenn sich die moderne Auffassung von der letzten Jahrzehnte unterschied. Das Schicksal des deutschen Kunstgewerbes entscheidet im allgemeinen dem des englischen und französischen, des österreichischen oder schweizer Kunstgewerbes. Dieses Schicksal besteht, kurz gesagt, darin, daß mit der überhöhten Entwicklung des handwerklichen Individualismus die der Industrie und den Gewerben dienende Kunst nicht hat Schritt halten können, daß sie darum unzulänglich werden mußte, daß die Künstler, um den an sie heranwachsenden Anforderungen genügt zu tun, zu einer eklektizistischen Vermischung hiesiger Kunstformen gezwungen wurden und daß sie durch diese Vermischung, zumal die unzulänglichsten Kunst zu wirken und nützlichen Leistungen der industriellen Welt zu werden vermochten. Die Antwort auf das alte Ziel geistiger Schöpfung aber, die in England und Frankreich, in Belgien und Holland, in Österreich und Schweden am Werke ist, besteht eben darin, diesen Arbeitskräfte abzugeben, der ungewundenen Kunst Selbstständigkeit, Stärke und schöpferische Selbstbewußtsein, so daß ihrer hiesigen Stellung zu entsprechen

und ihr, als der edlen, als der idealen Energie, eine Führerrolle innerhalb der kunstindustriellen Entwicklungen zu sichern. Dem entsprechend wurde früher in den Kunstgewerbeschulen aller europäischen Länder, wenn auch unbewußt, das Prinzip befolgt, den Nachwuchs so zu erziehen, wie die voraussetzungslos, kapitalistisch denkende Industrie ihre folglosen Diener wollte; und dementsprechend besteht nun das Wesen der reformierten Gewerbeschule darin, die Schüler zu selbständigen Leitern und Führern der Industrie zu machen, sie zu Organen dessen zu erziehen, was man den Stil der Zeit oder eine über die ganze Nation gleichmäßig herrschende Kunststimmung nennen könnte. Forderte man früher Gehorsam und Nachahmungstrieb vom Schüler, so verlangt man jetzt bewußten Willen, freie Einsicht und Erfindungskraft. Die Bundesstaaten haben gewetteifert, die Schulen in diesem Sinne zu reformieren, in richtigem Bewußtsein, daß von der Kunstgewerbeschule die Zukunft unserer Kunstindustrie sehr wesentlich abhängt.

## Verbandsnachrichten. Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 41. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. Oktober fällig ist.

Die neuen Statutenanträge liegen der dieswöchigen Zeitungsendung bei. Die Lokalverwaltungen mögen Sorge tragen, daß jedes Mitglied einen Nachtrag bekommt, ihn in sein Mitgliedsbuch einlegt und den alten Nachtrag herausnimmt.

Dasselbe muß die Lokalverwaltung bei den Mitgliedsbüchern machen, die noch nicht ausgestellt sind.

Die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 55 Pfg.) erhalten die Zahlstellen Menden i. W. und Walldorf.

Die Militärunterstützung wird gemäß der in der Nr. 40 und 41 veröffentlichten Bekanntmachung nur den zum Militär einrückenden Kollegen gezahlt, deren Verbands-Mitgliedsbuch zur Aufbewahrung an die Geschäftsstelle des Verbandes, Köln, Palmstraße 14, eingesandt wurde. Die Zahlstellenverwaltungen wollen dieses beachten.

## Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Verhandlungsende einen Bericht über den Stand der Bewegung einzusenden.

### Der Jung ist ferngehalten

Schreiner und Maschinenarbeiter: Kaiserslautern (Edel), Biesel, (Lamers) Paderborn, Griesen (Busse), Saarsaier, Speyer, Delmenhorst (Lönjes A.-G.), Ziegenhals, Schweidnitz (Kottner), Mülhausen i. G. Säckelmeier und Wagenfabrik: Delmenhorst (Wagenfabrik Lönjes A.-G.)  
Klempner: Harjum  
Pianoarbeiter: Coblenz (Rheinische Pianofabrikanten).

Der Kampf auf den Werften ist nun doch, entgegen den ersten Meldungen, durch eine Einigung der Parteien beigelegt worden. Damit unterbleibt auch die angeordnete Aussperrung von 42000 Arbeitern der Metallindustrie. Die wohl nicht ohne Mitwirkung des Reichsausschusses des Innern geschehene Einigung vollzog sich auf folgender Grundlage:

Die Einstellungsfrage bei den hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften werden bei Wiederaufnahme der Arbeit um 2 Pfg. erhöht mit der Maßgabe, daß der niedrigste Einstellungslohn irgend eines volljährigen Arbeiters 40 Pfg. pro Stunde beträgt. Innerhalb dieser Konzeption in den Einstellungsfragen wird eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 2 Pfg. pro Stunde vorgenommen. Diefelben Zugeständnisse machen die nicht hamburgischen Werften der Gruppe deutscher Seeschiffswerften, jedoch mit der Einschränkung, daß der niedrigste Einstellungslohn für diese Werften der vorliegenden Vereinbarung vorbestimmte Höhe. Die Arbeitsfrage regelt sich nach den Vereinbarungen von 1907. Als neue Konzeption wird ferner ab 1. Januar 1911 eine Verkürzung der Arbeitszeit vorgeschlagen, und zwar:

- a) bei den hamburgischen Seeschiffswerften auf 55 Stunden der Woche,
- b) bei allen nicht-hamburgischen Seeschiffswerften, soweit sie der Gruppe deutscher Seeschiffswerften angehören, auf 56 Stunden der Woche.

Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt nach diesen Zugeständnissen 1 Stunde wöchentlich.

Der Inhalt der Arbeitszeitvereinbarung erfolgt durch eine Zulage von einem weiteren Pfennig auf den Stundenlohn. Die bereits verhängene zugeständene wöchentliche Lohnzahlung am Freitag tritt mit der ersten Lohnwoche des Jahres 1911 in Kraft.

Innerhalb dieser materiellen Zugeständnisse haben sich die Werftbesitzer bereit erklärt, daß die Arbeiterentscheidungen, gemäß den Bestimmungen der Arbeiterorganisationen getroffen werden sollen.

Alle Streikenden und Aussperrten werden ohne den Arbeitsnachweis und unter Erhaltung ihrer Kapazität, auf der Arbeitstätte aus den durch den Streik unterbrochenen Arbeiten, eingesetzt. Die Arbeit soll am Montag den 10. Oktober wieder aufgenommen werden.

Für die Arbeiterklasse ist demnach ein erfreulicher Erfolg festzustellen, der materiellen Forderungen entspricht. Noch bedeutsamer ist der ideale Erfolg, daß der Deutsche Metallindustrieverband, der bisher den Herrn im Hause-Grundsatz befolgt hat, die Arbeiterorganisationen als die Partner der Verhandlungen anerkennt.

Zum Streik in Mülhausen i. G. Für die streikenden Kollegen ist die Situation sehr günstig. Die Einmütigkeit des Handels hat auch den Arbeitgeber imponiert. Streikbrecher, die etwas verderben können, sind am Orte nicht vorhanden. Die Arbeitgeber, welche zur Zeit mit vielen Aufträgen versehen sind, befinden sich in großer Verlegenheit. Besonders hat auch die Firma Nüchinger schwer unter Arbeitermangel zu leiden. Mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln sucht sie nach Ersatzkräften und fand auch glücklich einen in Person des sozialdemokratischen Parteiführers und Beigeordneten der Stadt Geweiler. Dieser Herr Beigeordnete, der selbständiger Schreinermeister ist, hält es mit seiner Ehre vereinbar, die dringende Arbeit der Firma Nüchinger abzunehmen, um dadurch den im Lohnkampf stehenden Holzarbeitern in den Rücken zu fallen. Dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, Kung, der mit noch einem Kollegen in dieser Sache bei dem „Obergenossen“ Gies vorstellig wurde, erklärte der rote Parteiführer brüsk, er habe der Firma Nüchinger das Versprechen gegeben, die Arbeit auszuführen und er werde dieses Versprechen auch halten, es habe ihm niemand Vorschriften zu machen, in seinem Geschäft sei er selbst Herr und Meister, deshalb gebe er diese Arbeit unter keinen Umständen aus den Händen, mögen die Streikenden tun was sie wollen.

So sieht es in der Praxis bei diesem „Obergenossen“ aus. Die christlichen Arbeiter werden Streikbrecher, Arbeiterverräter usw. genannt, wenn sie es ablehnen um ihrer Selbstständigkeit willen den Genossen nachzulaufen. Sozialdemokratische Führer aber pfeifen auf die Arbeiterolidarität, wenn es sich um ihre eigenen, persönlichen und materiellen Vorteile handelt.

Zur Lohnbewegung in Paderborn ist zu melden, daß am 4. Oktober die bei den Innungsmeistern eingereichte Kündigung abgelassen ist und stehen die Kollegen seit dieser Zeit im Streik. Die drei in Betracht kommenden Hausgeschäfte haben die Forderungen der Tischlergesellen bewilligt; ein Zeichen, daß auch die Innungsmeister ohne Existenzgefährdung unseren Kollegen hätten entgegen kommen können. Der „Jopf“ hängt indes bei unseren Innungsmeistern immer noch hinten. Sie wollen gar nicht mal mit den Vertretern des Verbandes verhandeln. Offenbar stehen sie unter der Einwirkung der ziemlich konfuse Ideen des Herrn Rückelhaus in Essen. Ist doch Herr Schwarzenbach hier selbst Vorsitzender des Rückelhaus'schen Rheinisch-Westfälischen Tischler-Innungsverbandes. Bei Gelegenheit wird seitens des Verbandes mit Herrn Rückelhaus mal „Fraktur“ geredet werden müssen, damit er sieht, daß seine „Allmacht“ die Gesellen nicht erreicht. Letztere vermögen ihn trotz des Guten, daß er dem Gewerbe leistete, noch lange nicht als „Retter des rheinisch-westfälischen Tischlerhandwerkes“ anerkennen. Die Arbeiterfrage läßt sich nun einmal nicht nach seinem Bunsche lösen. Seine Hoffnung auf das „kommende Geschlecht“ ist ganz bestimmt eine falsche Kalkulation.

Daß unsere Paderborner Innungsmeister gelehrige Schüler des Herrn Rückelhaus sind, geht auch daraus hervor, daß sie von der Kundschaft bis zu 75 Pfg. für die Gesellenlohnstunde verlangen, dem Gesellen aber nur 38—40 Pfg. zahlen. Da noch Rückelhaus ein Aufschlag von 28 1/2 Pfg. gerechtfertigt ist, bleibt ein Reingewinn von 6 1/2—8 1/2 Pfg., wobei zu berücksichtigen ist, daß in dem Aufschlag von 28 1/2 schon der „Meisterlohn“ und die gesamten Geschäftskosten enthalten sind. Es fehlt also hier nicht am Können, sondern am Willen.

## Berichte aus den Zahlstellen.

Bremen. Einen Akt Terror leisteten sich am Montag, den 5. Oktober, die bei der Firma Drüner am Holzhafen in Bremen beschäftigten Mitglieder des sozialdem. Handels- und Transportarbeiter-Verbandes. Dieselben verlangten die Entlassung von zwei im Zentralverband christlicher Holzarbeiter organisierten Arbeitern. Der Geschäftsführer der Firma lehnte dies rundweg ab. Darauf legte ein Teil der sozialdemokratisch organisierten plötzlich die Arbeit nieder. Im Verlauf der nächsten Stunden wurden jedoch die beiden christlich organisierten Arbeiter von dem andern Teil der weiterarbeitenden Genossen derart belästigt, daß sie den Arbeitsplatz verlassen mußten. Ein anderer christlich organisierter Arbeiter, der sich nach dem Stand der Dinge erkundigen wollte, wurde von einem dieser „frei“ organisierten Terroristen ins Gesicht geschlagen. Das nennt man dann im „freien“ Gewerkschaftslager „Freiheit und Brüderlichkeit“!

Arnsfeld. Die hier stattgefundene Vertreterwahl zur Ortskrankenkasse für Fabrikbetriebe ergab für die christliche Kandidatur 969 und die der Sozialdemokraten 1260 Stimmen. Gegenüber der Wahl im 1907 hat die christliche Liste eine Zunahme von 93 Stimmen und die sozialdemokratische Liste eine Abnahme von 14 Stimmen zu verzeichnen. Bei dem Ausfall der Wahl hat wesentlich der Umstand ungunstig eingewirkt, daß die Wahl an einem Sonntagvormittag stattfand. Dadurch wurde besonders den zahlreichen auswärtig wohnenden Mitgliedern die Ausübung des Wahlrechtes sehr erschwert.

Hagen. Die Hagen-Schweimer Metallarbeiteraussperrung und ihre Begleiterscheinungen für die Holzarbeiter sind von unserm Verband sofort nach der Beilegung des Konfliktes in aller Deffektivität behandelt worden, wobei allerdings der Bauarbeiter Meyer vom sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande in eigenartiger Weise erschienen mußte. Hat Meyer beklammert doch das Einigungsprotokoll unterschrieben, ohne daß dieses seinen Verbandsmitgliedern bekannt und er zu den Verhandlungen eingeladen war. Ob dieser Laune große Gefahr im Lager der hiesigen Holzgenossen über die unwahren Beschuldigungen Meyers seitens der Christlichen und Ankündigung einer öffentlichen Rechtfertigung durch Gaukeleiers, die aber sonderbarerweise recht lange hinausgezögert wurde. Manche gaben der Meinung Ausdruck, daß erst etwas Sens über die ganze Geschichte waschen sollte und bei dieser Gelegenheit und Vertrauensmännereinstimmungen, durch gründliches „Einfeilen“ erst das richtige Verständnis bei den Mitgliedern des roten Verbandes geweckt werden müsse. Dies ist aber jedenfalls nur der Reiz dererigen gewesen, die für die Tätigkeit Meyers kein richtiges Verständnis hatten. Mit Wochen waren sie ver-gangen, als große Plakate das große „Reinwaschen“ anordneten.

er war dem Drucker ein großes Mißgeschick passiert, indem er der richtigen Tagesordnung: „Das Verhalten des Gauleiters während der Aussperrung“, „das Verhalten unseres Verbandes nach der Aussperrung“ setzte.

Gauleiter Meyer als Referent versuchte seine Tätigkeit nachhaftig zu machen und zu entschuldigen, hierbei zeigte er sich, er doch sonst so streifbar und wortreich ist, einmal als „ollerlicher“, braver, harmloser Eierläufer.

Trotz Unterschrift des Einigungsprotokolls ist doch der Arbeitsnachweis nicht anerkannt worden; behaupte, man hat sich nur auf geeinigt, den Streit unter Beibehaltung des Arbeitsnachweises beizulegen! Wie können darin die unverantwortlichen ständigen eine Anerkennung des Arbeitsnachweises erblicken? — Willige Verdrängung, weiter nichts! Dies muß natürlich der Mittelwelt in der „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet werden.

In einigen Verdrängungen und mit einem eleganten Sprung hat man so über die peinlichen Tatsachen hinweg. Unsere Kollegen Brune und Koch stellten in der Versammlung fest, daß die eigentliche Aussperrung durch Einführung des Arbeitsnachweises erfolgte und der ganze Kampf der Metallarbeiter sich nur auf die Beseitigung des ausfaktorierten Arbeitsnachweises richtete. Holzarbeiter kamen nur indirekt in Mitleidenhaft, wurden auch seitens der Arbeitgeber während des ganzen Kampfes nicht hineingezogen, da nur zwei Betriebe des ganzen Arbeitgeberseits neben den Modellfabrikanten Holzarbeiter beschäftigten. Seit Beginn waren sich die in Frage kommenden Holzarbeiterverbände einig, daß für die in der Waggonfabrik beschäftigten Kollegen etwas gemacht werden mußte. Am 11. Juli trat Meyer in einer Kommissionsitzung:

„Wir als Holzarbeiter sprechen über den Arbeitsnachweis gar nichts; es ist über denselben nach meiner Meinung schon viel gesprochen. Wir handeln einfach und erkennen ihn nicht an, er existiert für uns nicht. Wir müssen uns aber auch hüten, in diesem Streit den Metallarbeitern Schwierigkeiten zu machen, und dies wird geschehen, wenn wir jetzt Forderungen stellen, ebenso wenn wir uns offiziell an den Verhandlungen beteiligen, denn dann sind wir verpflichtet zu sagen, wir bestreiten zunächst auf Beseitigung dieser und jener Wünsche, wodurch die Verhandlungen für die Metallarbeiter erschwert, ja gefährdet werden.“

Doch schon am 15. Juli nahm Meyer, ohne daß er eingeladen war, an den durch Eingreifen des Regierungspräsidenten zustande gekommenen Verhandlungen teil und beteiligte sich lebhaft an der Debatte.

Dem Kollegen Schid erklärte er auf dessen Frage, er nehme „informativ“ teil. Hierdurch wurden die Interessen der Holzarbeiter mit denjenigen der ausgesperrten Metallarbeiter vermischt, sodaß sie sich ohne weiteres den Einigungsbedingungen der Metallarbeiter unterordnen mußten.

Da die Situation für die Metallarbeiter durch deren schlechte Organisationsverhältnisse sehr ungünstig war, konnte für den Arbeitgeberverein nichts Besseres geleistet werden, als wie durch Meyers Tätigkeit geschah. Konnte der Arbeitgeberverein doch nun gleich durch die Maßnahmen gegenüber den Metallarbeitern ein Umdenken der Holzarbeiter unmöglich machen.

Den Holzarbeitern wäre es andernfalls ein Leichtes gewesen, sich von dem Arbeitsnachweis des Arbeitgebervereins fernzuhalten und ihn zu sperren, so daß die Arbeitgeber, wollten sie ihre holzwirtschaftlichen Betriebe oder Nebenbetriebe aufrecht erhalten, Holzarbeiter auch ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einzustellen gezwungen worden wären. Hierdurch wäre viel erreicht worden, alle doch das Regulatoriv des Arbeitgebervereins eine Durchdringung erfahren.

Trotzdem sich Meyer verpflichtet hatte, die Ergebnisse der Einigungsverhandlungen seiner Organisation zur Entscheidung vorzulegen und das Ergebnis dem Arbeitgeberverein bis zum 18. Juli zu übermitteln, hat er dieses unterlassen. Doch haben seine Kollegen Spiegel und Ernst (Beamte des roten Metallarbeiterverbandes) dem Arbeitgebersekretär, der Meyers Unterschrift verweigerte, erklärt, daß sie für die Verbringung von Meyers Unterschrift sorgen würden.

Die Versammlung fand dann am folgenden Morgen, am Dienstag, den 19. August, statt. Kurz vor der Versammlung trat Meyer an Schid heran mit folgender Frage: „Können wir in Vorgehen verantwortlich?“ Hierauf erklärte Schid: Ich kann ein Vorgehen mit dem besten Gewissen verantworten, doch Du, Meyer, kannst es nicht. Ich halte ein Vorgehen sogar für unbedingt notwendig, es fragt sich nur, ob jetzt ein Vorgehen noch möglich ist. Nachdem Du Dich entgegen unseren Abmachungen und hinter unserem Rücken an den Verhandlungen der Metallarbeiter offiziell beteiligt hast, bist Du an die getroffenen Abmachungen gebunden, und ob der Zentralverband christlicher Holzarbeiter allein etwas machen kann, ist zweifelhaft.“ Darüber große Erregung Meyers. In einer dann zunächst folgenden engeren Sitzung der Lohnkommission wurde die schwebende Sachlage eingehend besprochen und dem Meyer gründlich Bescheid gesagt. Meyer versicherte jedoch, in keiner Beziehung an die Abmachung der Metallarbeiter gebunden zu sein! Hierauf beschloß die gemeinsame Versammlung der Holzarbeiter das geplante Vorgehen. Schid und Meyer wurden beauftragt, sofort bei der Firma Kölling & Sohn vorstellig zu werden. Dieses geschah, jedoch wurden sie abgewiesen. Beide wandten sich nun an den Sekretär der Arbeitgeber, Herrn Jakob.

Der spielte sich folgendes ab. Jakob sagt: „Herr Meyer, aber wir irgend etwas besprechen, muß ich Sie erst unter allen Umständen ersuchen, daß Sie das mit den übrigen Organisationen (Metallarbeiter) und diesen vereinbarte Einigungsprotokoll unterzeichnen.“ Meyer sträubt sich. Darauf wieder Jakob: „Herr Meyer, Sie haben nicht mit offener Wimper geantwortet. Sie hatten sich verpflichtet, mir bis gestern Mittag 1 Uhr die Entscheidung Ihrer Organisation mitzuteilen. Sie haben Sie nicht getan. Dafür haben mir die Herren Spiegel und Ernst die bestimmte Erklärung abzugeben, Sie seien einverstanden. Jetzt kommen Sie nicht her und stellen Bedingungen. Sie sind moralisch verpflichtet, sich an die Vereinbarungen zu halten.“

„Ich bis heute Mittag 3 Uhr nicht im Besitze Ihrer Unterschrift bin, geht sofort ein Telegramm an den Regierungspräsidenten, daß die Vereinbarungen nicht eingehalten sind und in demselben Telegramm ist die Aussperrung wieder perfekt!“

„Man war guter Rat teuer. Meyer mußte sich also in Gegenwart von Schid genau das von dem Arbeitgeberführer beständige was ihm von Schid vorausgesagt war und obendrein sich die nötige Moralpredigt gefallen lassen. Am Punkt 3 Uhr am 19. August 1910 hat Meyer die Vereinbarungen dann unterzeichnet. Jetzt mußte vor die Kollegen getreten werden, die vorher auf das Bestehen der Verhandlungen warteten. Inzwischen war es dem Arbeitgebersekretär, Kollegen Koch, gelungen, auf dem Wege an die Firmeninhaber heran zu kommen und

sehr günstige Bedingungen, gemeinsam mit dem Kollegen Albersmann, für die Kollegen zu erzielen. Einstimmig wurden die Zugeständnisse, welche die beiden Kollegen Koch und Albersmann von der Firma erlangt hatten, angenommen.

Hierbei verdient noch erwähnt zu werden, daß Meyer, als einige „Genossen“ ihren Unmut darüber zum Ausdruck brachten, daß die Erfolge durch den evangelischen und katholischen Arbeitersekretär erzielt waren, voller Begeisterung ausrief: „Kollegen! Wenn diese Zugeständnisse dem evangelischen und dem katholischen Arbeitersekretär gemacht sind, dann haben diese viel mehr Wert, als wenn sie uns gemacht werden; denn diese Kollegen stehen im öffentlichen Leben und haben einen gewaltigen Einfluß. Wir können den Kollegen nur dankbar sein.“

Während unsere Kollegen Meyer in der Versammlung ruhig anhörten, muß das Gegenteil von dem seinen gesagt werden. Als der Kollege Kief vom christlichen Metallarbeiterverband sprach, bekam die Versammlung „Verstärkung“ durch jtz. Metallarbeiter, einige sagen allerdings, daß auch der „Bildungsausschuß“ dabei gewesen sei. Nun vollzog sich ein Tumult, daß man sich in eine Menagerie verfeßt glaubte. An eine sachliche Auseinandersetzung war nicht mehr zu denken. Als die „Genossen“ sich nun stark genug fühlten, entzog man dem Kollegen Kief das Wort. Trotzdem sich Kollege Koch noch zur Diskussion gemeldet und um's Wort zur Geschäftsordnung gebeten hatte, erhielt Meyer das Wort, so daß unsere Kollegen ob dieser Versammlungspraxis geschloffen den Saal verließen. Auch Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes schämten sich, angeführt des „schönen“ Betragens ihrer gleichgesinnten und gaben zu verstehen, öffentliche Versammlungen ihrerseits nicht mehr zu besuchen.

Was für ein Geschrei würde im Lager der Holzgenossen ertönen, wenn ein Vertreter unseres Holzarbeiterverbandes derartige Taten — ebenfalls im guten Glauben, wie Herr Meyer — vollbringen würde?

### Tapezierer und Sattler.

Duisburg. Gauleiter Klein poltert weiter! Er schreibt sich die Finger wund, um aus nichts etwas Wesentliches zu machen. Nachdem er vom Schutzverband abgewiesen, läßt er immer wieder seine alten Behauptungen auf; unter andern, v. d. Boogard solle bearbeitet worden sein, damit er günstig ausfalle. Warum hat v. d. Boogard das nicht in der Werkstattsitzung gesagt, als die Kollegen sich über seine Entlassung aussprachen? Der Einfall zu dieser Behauptung scheint demnach erst später gekommen zu sein. Gegenüber dem Schutzverbande schreibt Klein: „Glaubt man sich nach diesen Zeiten trotzdem im Recht, so höre man die Gegenpartei!“ Aber Herr Klein, warum hören Sie denn nicht auf die andern Kollegen der Werkstat (auch auf die „Frei“-organisierten), die von Ihren unwahren Behauptungen sicherlich nicht erbaut sind? Nicht wahr, aus bestimmten Gründen verzichten Sie auf deren Angaben! — Klein legt auch energisch „Verwahrung“ ein, wegen der christlich Organisierten den Koch zu schlagen. Das kann uns wenig rühren. Weil sie des Terrorismus beschuldigt wurden, haben gewisse Herren in Duisburg auch schon einmal in Gestalt einer Verächtigung Verwahrung eingelegt, und doch waren dieselben hernach die Blamierten. Das schönste aber ist, daß Klein schreibt: „Die Kollegen v. d. Boogard und Kirch (christl.) wurden gefragt (vom Chef), ob auf der Werkstat allseitig die Auffassung herrscht, daß Falkenstein Schiebungen mit der Arbeitszeit vornimmt, und beide sagten, daß diese Auffassung vorhanden. . . Und jetzt der Schutz gegenüber dem beschuldigten Falkenstein. Charakterlosigkeit. . .“ Klein kann sich diesbezüglich folgendes merken: In der letzten Werkstattsitzung wählten die Kollegen (auch v. d. Boogard und Krebs, die warmen Befürworter waren) zwei Mann, die beim Chef vorstellig werden sollten dahingehend, daß obiger Verdict auf einem Irrtum beruhe und so jeder Unterlage entbehre. Also nicht so schnell mit den Kraftwörtern herumwerfen, Herr Gauleiter! Man kann sich damit bloß blamieren. Wann wird Klein endlich einsehen, daß seine Gewährsmänner ihn schwer hereingelegt haben?

e. Biersen. Gegenüber früheren Berichten aus Biersen, die stets nichts mehr oder weniger waren wie ein Herumstreiten mit sozialdemokratischen Phrasenhelden, ist endlich auch mal etwas Erfreuliches von dort zu berichten. Eine ansehnliche Anzahl Kollegen sind unserem Verbands begetreten, so daß sofort eine Sektion dort gegründet werden konnte. Alle auf der Ledermöbelabteilung der Firma Heuwels beschäftigten Kollegen sind jetzt ohne Ausnahme Mitglieder unseres Verbandes. Ein Zeichen, daß die Kollegen doch etwas mehr Denkvormögen besitzen, als ihnen noch in diesem Frühjahr von sozialdemokratischer Seite zugesprochen wurde. Mögen die Kollegen in Biersen nur fest und einmütig zusammenhalten, so wird es auch möglich sein, die dortigen Verhältnisse einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Die Kollegen der Stoffmöbelabteilung stehen einstweilen dem Verbands noch fern; aber allem Anschein nach wird auch dort die bessere Einsicht den Sieg davon tragen.

### Gewerkschaftliches.

Die tariflichen Schlichtungskommissionen. Die Handhabung der Bestimmungen über die durch Vertrag festgelegten gewerkschaftlichen Schlichtungskommissionen ist in Nummer 41 vom 9. Okt. 1910 der „Fachzeitung“ Gegenstand einer Anweisung des Vorstandes des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe. Das genannte Blatt schreibt:

„Die beim Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das Deutsche Holzgewerbe einlaufenden Beschwerden unserer Bezirksverbände lassen erkennen, daß in der Handhabung der Geschäftsordnung für die örtlichen Schlichtungskommissionen noch eine gewisse Unsicherheit besteht und von beiden Seiten Fehler vorkommen, welche in Zukunft beseitigt werden müssen.“

Es dürfte sich deshalb empfehlen, wenn die Herren Vorsitzenden der Bezirksverbände nachstehende Grundsätze beachten würden:

1. Die Einberufung einer Sitzung der Schlichtungskommission erfolgt nach vorausgegangenem Verständigung der beiderseitigen Vorsitzenden und schriftlicher Mitteilung der zu behandelnden Fälle durch den Antragsteller.

2. Keine Partei hat das Recht, eine Sitzung aus dem Grunde abzulehnen, weil ihr der eine oder andere gemeldete Fall zur Behandlung nicht geeignet erscheint, denn erst das Anhören der vorgebrachten Gründe und die Bernennung von Zeugen kann maßgebend für die Beurteilung einer Beschwerde sein.

3. Wird die örtliche Schlichtungskommission durch Anbringung nichtiger oder trivial herangezogener Dinge wiederholt mißbraucht, so sind die Zentralvorstände um Abhilfe anzusuchen.

4. Die Sitzungen der Schlichtungskommission sind in der Regel öffentlich, solange sich nicht große Unzuträglichkeiten herausstellen.

5. Die beiderseitigen Obmänner müssen den Mut besitzen, vorgekommene Fehler ihrer Mitglieder oder mißverständliche Auslegung des Vertrages offen zuzugeben.

6. Agitatorische Motive haben in der Schlichtungskommission auszuschleiden; deshalb sollen sich beide Parteien bemühen, in ruhiger sachlicher Weise die Differenzen zu schlichten und nicht jede Kleinigkeit auf die Spitze zu treiben.

7. Differenzen, welche sich aus dem Vertrage ergeben, sind unter allen Umständen vor die Schlichtungskommission zu bringen, und nicht vor das Gewerbegericht oder ein anderes ordentliches Gericht. Die Parteien haben streng darauf zu halten, daß der vertragliche Instanzenzug innegehalten wird, und ist jede Einmischung der Gewerbegerichte entschieden zurückzuweisen.

8. Wird ein Streitfall von der Schlichtungskommission, dem Einigungsamt oder den Zentralvorständen geschlichtet resp. entschieden, so gibt es für die betroffenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Berufung mehr an ein anderes Gericht.

9. Die Beschlüsse der Schlichtungskommission sind zu protokollieren. Für die Durchführung derselben haben die Organisationen zu sorgen.

Die hier aufgestellten Grundsätze dürften eine allseitige Beachtung verdienen; ganz besonders aber in jenen Kreisen, deren Verhalten zu dieser Rundgebung des Arbeitgeber-Schutzverbandes Veranlassung bot.

Der paritätische Arbeitsnachweis für das Holzgewerbe in Berlin scheint trotz seines Obligatoriums allen berechtigten Wünschen der Interessenten nicht zu entsprechen. Wie die „Fachzeitung“ der Arbeitgeber meldet, wurden in einer am 26. Sept. d. J. abgehaltenen Versammlung der Freien Vereinigung der Holzindustriellen Berlins, in der Herr Jaroski über den Arbeitsnachweis referierte, „mannigfache Beschwerden bezüglich der Vermittlung vorgebracht.“

„Herr Jaroski machte Mitteilung von einem inzwischen getroffenen Abkommen, dahingehend, daß, falls vom Nachweis jemand nicht bedient werden kann, ihm das Recht zusteht, nach Arbeitern zu inserieren, und daß dann der sich arbeitslos meldende Geselle eingestellt werden kann, wenn er sich vorher als arbeitslos gemeldet hat. Auch soll ein solcher durch Inserat angenommener Arbeiter eine Vermittlungskarte sich ausstellen lassen. Diese Abmachungen sollen verhindern, daß die Leute nicht von einem anderen Betrieb, in welchem diese noch in Arbeit stehen, fortengagiert werden können. Die Abmachung ist bis zum 1. April 1911 auf Widerruf vereinbart, die Provis soll erweisen, wie sie sich bewährt. Auch bezüglich der Vermittlung wurden Klagen geführt, die wie ausgeführt wurde, nicht vorkommen dürften, wenn der Gedanke des Wortes paritätisch mehr beachtet werde. Man gab sich der bestimmten Erwartung hin, daß auch diese Uebelstände sich nach und nach verlieren würden.“

Wenn selbst das Obligatorium des Nachweises in Berlin mit seinen tausenden von Holzarbeitern es nicht ermöglicht, daß der Arbeitgeber passende Arbeitskräfte bekommt, dann kann auch für andere Städte die Zweckmäßigkeit der ohne jede Ausnahme unbedingt obligatorischen Vermittlung sehr wohl in Zweifel gezogen werden. Daß die Berliner Arbeitgeber es sind, die Paritätsbeschwerden haben, ist auch nicht uninteressant.

Die richtige Antwort wurde in Offen terroristischen „Genossen“ vom Bau zuteil. Am dortigen Landesgerichtsneubau hatten sich die „Genossen“ ein Arbeitsmonopol geschaffen. Anders organisierte wurden nicht geduldet. Entweder mußten sie übertreten oder den Bau verlassen. Antwortscheinend war die Bauleitung den 170 „Genossen“ gegenüber machtlos. Nach mehrmaligen vergeblichen Verjahren christlich organisierter Arbeiter, dort in Arbeit zu bleiben, wurde die Bauleitung dazu gebracht, daß sie das Koalitionsrecht der christlichen Arbeiter schützte. Es geschah dieses mit dem Erfolge, daß die gesamten Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit niederlegten, mit der Motivierung, mit Christlichen nicht zusammen zu arbeiten. Die örtliche Leitung des christlichen Bauarbeiterverbandes sorgte indes für Ersatz. Die terroristische rote Gesellschaft konnte ihr Bündel schnüren und wandern.

„Ihr verdammten Streifbretter“, beschimpfte der sozial organisierte Zimmerer Kluge in Dortmund christliche organisierte Zimmerer. Letztere hatten infolge des Dresdener Schiedsspruchs beim Kampf im Baugewerbe die Arbeit wieder aufgenommen, während die sozial organisierten Zimmerer, trotz vorheriger gegenteiliger Erklärung, den Schiedsspruch ablehnten. Kluge wurde vom Schöffengericht zu 10 Mk. Geldstrafe und zu den Gerichtskosten verurteilt.

1000 Mark Belohnung. Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter erläßt in Nr. 41 des „Bergknappen“ vom 8. Oktober d. J. folgenden Aufruf:

Der Vorstand unseres Gewerbevereins beschloß, auf die vollständige Aufklärung des 30 000-Mark-Flugblattschwindels und auf den Nachweis, wer den Heinrich-Brief geschrieben hat, an wen er gerichtet war und wer mit den in dem Brief genannten zwei und fünf Mann gemeint ist, eine Belohnung von eintaufend Mark auszusetzen. Dieser Schritt erfolgte, weil die resloße Aufklärung der fraglichen Angelegenheit für die Zukunft der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet außerordentlich wichtig ist. Sie liegt im Interesse aller ehrlich vorwärtsstrebenden Arbeiter.

Wir bitten alle, die irgend etwas zur Aufklärung beitragen können, sich entweder mündlich oder schriftlich bei der Redaktion zu melden. Allen denjenigen, die zur Aufklärung beitragen können, jedoch nicht persönlich in die Sache hineingezogen werden wollen, sichern wir streng vertrauliche Behandlung ihrer Mitteilungen zu. Es werden nur solche Leute, die Angaben machen, in die Gerichtsverhandlungen usw. hineingezogen, die dagegen nichts einzuwenden haben. Jeder Wissende kann uns also bei der Aufklärung unterstützen, ohne daß irgend einer davon erfährt.

Die Betrieb Steinway & Sons in Hamburg ist bekanntlich seitens des sozial. Holzarbeiterverbandes gesperrt, während der H.-D. Gewerbeverein der Holzarbeiter sich (anscheinend vergeblich) bemüht, genügend Leute für die Firma zu beschaffen. Wie Vörsch-Dunkerschke Blätter nämlich melden, sollen bei der Firma eine größere Anzahl von streitenden sozial. organi-

stern: Berstlichkeit in Arbeit getreten sein. Daraus, daß der Zugang immer noch verboten wird, folgern nun die H.-D. Organe, daß die „Genossen“ ebenfogut „Streikbrecher“ seien, als die H.-D. Gewerkschaften, die bei Steinway & Sons in Arbeit seien. Die Logik hat allerdings etwas für sich; wahrscheinlich aber ist, daß der sozial. Holzarbeiterverband seine eigenen Leute wieder in den Betrieb hineingeschoben hat, um sich für die Zukunft einen Einfluß zu sichern. Was dann kommen wird, können sich die H.-D. Gewerkschaften schon ausmalen.

Die höheren Ziele. Die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt in ihrer Nr. 40 im Bericht über den sozial. Parteitag in Magdeburg folgendes:

„Mittels der Gewerkschaften wollen wir uns innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft die bestmöglichen Lebensbedingungen verschaffen. Aber damit ist unser Sehnen nicht gestillt; uns schweben höhere Ziele vor und deshalb sind wir Sozialdemokraten. Wir leisten neben unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit jenen Bestrebungen Vorschub, die auf die Beseitigung der Klassenherrschaft gerichtet sind. Unbeschadet unserer Bemühungen, innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Lage der Arbeiter zu heben, erstreben wir den Sturz dieser Wirtschaftsordnung.“

Also: Erst erstrebt man von der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, d. h. innerhalb des geltenden Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystems, die bestmöglichen Lebensbedingungen. Nachdem diese erreicht sind, wird die Gesellschaft, der man die Erfolge abgesehen, gestürzt und der sozial. Zukunftsstaat eröffnet seinen Laden. Halten nun die Sozialdemokraten die bürgerliche Gesellschaft für so blödsinnig, daß sie jenes zuläßt, oder ist der Sozialismus unserer Sozialdemokraten ein gut Stück Wahnsinn?

Der Zentralverband christlicher Lederarbeiter Deutschlands konnte am 1. Oktober die zehnjährige Wiederkehr des Gründungstages feiern. Aus diesem Anlaß erschien die Nr. 21 der „Deutschen Lederarbeiter-Zeitung“ im Festgewande. Verbandsleitung, Bezirkssekretäre und Jahreshellen geben in dieser lehrreichen Nummer einen Überblick über die Entwicklung und die Leistungen des Verbandes. Der Organisation unserer Lederarbeiter, die zu den bestgeleiteten innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung gehört, wünschen wir für die Zukunft eine weitere gedeihliche Entwicklung.

Holzarbeiterlöhne in Südwestdeutschland. Bei der südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft waren im Jahre 1909 in Bollarbeitern (ein Bollarbeiter = 300 Arbeitstage) versichert: in Württemberg einschl. Hohenzollern 18227; Baden 13578; Hessen 8922; Elsaß-Lothringen 6194. Auf einen Bollarbeiter entfällt im Durchschnitt pro 1909 ein Jahresarbeitslohn:

in den Motor- und Fabrikbetrieben:			
Württemberg	einschl. Hohenzollern	von M. 1010.50	gegen 1908 M. 1004.21
Baden		1052.56	1908 „ 1048.56
Hessen		1074.86	1908 „ 1050.64
Elsaß-Lothringen		1041.05	1908 „ 1008.05
in den Handwerksbetrieben:			
Württemberg	einschl. H. von M. 697.	gegen 1908 M. 654.	
Baden		863.96	1908 „ 875.31
Hessen		789.—	1908 „ 798.30
Elsaß-Lothringen		799.—	1908 „ 840.—

Abgesehen von den Handwerksbetrieben in Hessen und Elsaß-Lothringen, ist demnach im Jahre 1909 der Durchschnittslohn der Holzarbeiter Südwestdeutschlands gestiegen.

### Soziale Rundschau.

Streikunruhen. Aus Berlin, Saarbrücken und Köln werden die Blätter in der letzten Zeit von Ausschreitungen Streikender zu berichten. Die Meldung aus Saarbrücken war am übertrieben. Ein harmloser Vorgang, an dem freilebende Holzarbeiter beteiligt waren, war in unglücklicher Weise von feindlichen Reportern aufgebläht worden. Die streikenden Holzarbeiter im Saarrevier haben dem Polizeihäbel bis heute noch keine Arbeit verschafft. Hingegen wurden im Berliner Stadtviertel Nordit regelrechte Schlägereien zwischen Großstadtmob und Polizei geschlagen. Daß es nicht allein streikende Arbeiter waren, die die Schlägereien bestanden, geht schon daraus

hervor, daß dreimal mehr Personen verletzt wurden, als überhaupt Streikende. (Kohlenarbeiter einer Firma) in Betracht kamen. In der letzten Ursachen der Ausschreitungen ist dem gespannten Verhältnis zwischen Streikenden und Arbeitswilligen zu suchen. In Köln-Deutz war die Ursache blutiger Zusammenstöße ein Streik der Erdarbeiter. Die Ausschreitungen sind auf das entschiedenste zu verurteilen, wenngleich nicht verkannt werden soll, daß ein Polizeiaufgebot die Sache meistens eher verschlimmert wie behebt. Für derartige Exzesse können die Gewerkschaften nicht verantwortlich gemacht werden, schon deshalb nicht, weil solche Vorgänge den erhofften Erfolg nur in Frage stellen und keiner Arbeiterorganisation eine solche Entwicklung willkommen ist. Ob indes nicht die sozial. Presse mit ihrer revolutionären Sprache den Großstadtmob so erzieht, daß er Freude an solchen Dingen gewinnt, ist eine andere Frage. Der streikende Gewerkschaftler steht sich am besten, wenn er in allen Situationen ruhig Blut bewahrt, gleich ob ihn Streikbrecher zu reizen suchen, oder die Polizei Dinge vollbringt, die gegen sein Rechtsempfinden verstoßen. Der Unbeteiligte aber kann nichts Besseres tun, als alle Aufläufe, Krawalle u. in weitem Bogen zu umgehen.

Wegen Vergehen gegen den Arbeiterschutz wurde der Geschäftsführer des sozialdemokratischen Konsumvereins „Hoffnung“ in Köln, zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde vom Gericht verworfen. Entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, waren in der Bäckerei der genannten Genossenschaft, die Bäcker an Sonntagen vor 12 Uhr nachts beschäftigt worden. „Wenn das am grünen Holze geschieht.“

Maschinenarbeiterkursus in Stuttgart. Im Interesse der Unfallverhütung werden von der K. Zentralkasse für Gewerbe und Handel im November und Dezember d. J. Abendkurse zur Unterweisung von Holzarbeitern in der Behandlung der gebräuchlichsten Holzbearbeitungsmaschinen im Landesgewerbemuseum in Stuttgart veranstaltet. Der Unterricht in diesen Kursen findet in den Abendstunden (von 7 bis 9 1/2 Uhr) der Werkstage, Samstags ausgenommen, statt. Die Dauer der einzelnen Kurse wird zwei Wochen betragen. Ein Unterrichtsgeld wird nicht erhoben. Kostenbeiträge für die Teilnahme an diesen Kursen werden nicht gereicht. Zu den Kursen werden solche Holzarbeiter zugelassen, welche innerhalb Württembergs in Werkstätten der Holzindustrie nicht nur vorübergehend beschäftigt sind. Im Falle größeren Andrangs werden in erster Linie die älteren, innerhalb des Landes schon länger beschäftigten Arbeiter berücksichtigt. Anmeldungen zur Teilnahme an einem der Kurse sind spätestens am 15. Oktober 1910 an die K. Zentralkasse für Gewerbe und Handel in Stuttgart einzureichen. In den Anmeldungen sind anzugeben: Namen, Geburtsort und Geburtsort der Angewandten, Dauer ihrer Beschäftigung in württembergischen Betrieben, sowie Namen oder Firma des jetzigen Arbeitgebers.

Arbeiter und Reichswertungswachstener. Auf der in den ersten Tagen des Oktober zu Göttingen stattgefundenen 22. Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer behandelte Reichstagsabgeordneter Kollege Behrens die Stellung des deutschen Arbeiter zur Reichswertungswachstener. Die Reichswertungswachstener sei eine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Last, nicht nur eine finanzielle. Ihren vollen Wert werden erst kommende Geschlechter ganz zu würdigen wissen. Es gehe von Reich wegen den ersten Schwenkstreich gegen die Wachstumswachstener zu führen. Hoffentlich finde die Stunde im Reichstags sein kleines Geschlecht. Es gibt kaum eine Angelegenheit, die die Arbeiterschaft mehr angeht als die Bodenreform. Jede Bodenreform werde in ihrem Löwenanteil von der Wachstumswachstener direkt oder indirekt wieder aufgezehrt. Da die Wachstumswachstener nicht abwählbar sei, werde die Arbeiterschaft von ihr wenig oder nur minimal getroffen. Die Wachstumswachstener stelle sich als eine ideale Besitztümer dar, sie sei ein wichtiges Mittel zur Gewinnung der Grund- und Bodenverhältnisse und müsse daher von der Arbeiterschaft mit aller Schärfe gefordert werden. Während die Ausgabe für Nahrung und andere Bedürfnisse sich nach den Einnahmen richten, oft leidet richten müssen, bleibt die hohe Mietzinsrate auch für die elendeste Wohnung unerschwinglich, ein langsam aber sicher steigender Faktor, wie die Statistik erweist. Die Wachstumswachstener ist unerträglich. Der städtische Arbeiter zahlt durchschnittlich 30 v. H. für Vergütung des Bodenwertes. Angesichts dieser Sachlage haben die Arbeiter ein berechtigtes Interesse an dem Zustande-

kommen der Reichswachstener. Sie ist eine Beschleunigung eine Möglichkeit, um die Wachstumswachstener für die Gesamtheit zurückzugewinnen, und sie bricht den harten Widerstand, durch die Gemeindegewerbesteuer bevorzugten Grundbesitz. Aus allen diesen Gründen fordert die aufgestellte Arbeiterschaft die Annahme der Reichswachstener als den Anknüpfungspunkt einer großartigen Bodenreform von Reich wegen.

### Aus Arbeitgeberkreisen.

Ein Braunschweigischer Stellmachertag, der sechste seiner Art, fand am 25. Sept. in Gandersheim statt. Von der Verhandlungsgegenständen interessiert wohl am meisten die Verprechung über die Preise für Stellmacherarbeiten. Herr Horney-Braunschweig wies auf die gegen früher veränderten Verhältnisse hin, auf die Steigerung der Lebensmittelpreise und der Geldeinflüsse, die auch eine Erhöhung der Preise für Stellmacherarbeiten bedingen. Um eine Besserung der Lage und eine Hebung des Handwerks zu erreichen, sei es nötig, daß sich die Stellmachermeister zusammenschließen und treu zusammenhielten. Herr Gessers-Helmstedt bemerkte, daß die meisten Stellmachermeister nur auf Wagenreparaturen angewiesen seien, daher sei es am Platze, für diese Arbeiten auf angemessene Preise zu halten. Herr Steinhoff-Gandersheim bemerkte, es müsse jeder richtig kalkulieren und verstehen und auf Grund der Einkaufspreise und Arbeitslöhne die Preise berechnen. Herr Gessers-Helmstedt gibt auf Grund der Holzpreise eine Zusammenstellung der verschiedenen Preise für Stellmacherarbeiten. Herr Steinhoff empfiehlt die Einführung von Preisbüchern, dann könnte eine so große Verschiedenheit in der Preisfestsetzung nicht mehr vorkommen. Herr Horney empfiehlt ein reichhaltiges Ausschreiben der Rechnungen und ein Kreditgewähren bis auf höchstens ein Vierteljahr. — Die übrigen Verhandlungspunkte, „der Kleinbefähigungsnachweis“, „die Führung des Meistertitels“, „der Holzeinkauf“ u. ergaben keine neuen Gedanken.

### Aus dem gewerblichen Leben.

Rheinische Pianofortefabriken A. G. in Coblenz. In der am 25. Juni d. J. stattgefundenen Generalversammlung dieser Aktien-Gesellschaft (deren Arbeiter jetzt im Lohnkampf stehen) erklärte auf Befragen eines Aktionärs, Herr Direktor Kappler über den Geschäftsgang, daß sich der Umsatz in den ersten Monaten des neuen Geschäftsjahres gegenüber dem des Vorjahres mehr als verdoppelt habe, und die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr zu den besten Hoffnungen berechtigten.

### Literarisches.

Der Modellstecher. Praktische Anleitung zur Anfertigung von Modellen und Skulpturen für Eisen, Stahl und Metall aus. Von F. W. Gesse. Verlag von Bernhard Friedrich Wegmann, Leipzig. Mit 353 Abbildungen im Text. 166 Seiten. Preis 5.50 M. Verschiedene Anfragen veranlassen uns auf dieses, im Jahre 1909 in zweiter Auflage erschienene Buch hinzuweisen. Für die weitere Fortbildung, als auch für die Praxis des Modellstechers dürfte das Werk von Nutzen sein.

### Briefkasten.

Der Kollege Alfred Wagner, Buchnummer 57463, wird gebeten seine Adresse der Zahlstelle Hamburg mitzuteilen.

### Adressenveränderungen.

- Wollenstein. V. Josef Brall, Bergstraße 5.
- Witten. V. Peter Beckers, Hospitalstraße 33 a.
- Witten. V. Hermann Seewöster, Ostfeld 131. R. Wilhelm Bruntmann, Berlesstraße 33.
- Wetzlar. A. Simon Heißer, Weissenbergerweg 145.
- Wetzlar. V. Heinrich Weischoff, Bahnhofstraße 31.
- Wetzlar. V. August Harres, Sahnstraße 13 III.
- Wetzlar. V. Johann Piebert, Annagasse 286.
- Wetzlar. II. V. Wilhelm Düpper, Neustraße 1.
- Wetzlar. V. Hermann Otto, Köhlingshäuser, Seydlitzstraße 11.
- Wetzlar. V. R. Martin Mayrho, Kraulgasse 303 b.
- Wetzlar. V. Heinrich Lang, Schreiner.
- Wetzlar. V. R. Christian Schäfer, Ludwigsstraße 87 3.

**B. Kolscher's**  
**Fachschule Detmold**  
für Tischler u. für gewerbl. Zeichnen  
Esterstraße, Ecke Grabenstraße.  
In 3 Monaten Anbahnung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Anbahnung zum Zeichner und Buchhalter.  
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschnittpflichtungen. Eintritt jederzeit.  
Ankunft durch die Direktion.  
**B. Kolscher.**

**Tischler-Fachschule**  
**Blankenburg am H.**  
gibt eine Ausbildung als Holzarbeiter, Drechselmeister und Zeichner. Programm frei.  
Direktor Reinling.  
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Einführung für Tischler“, 190 Seiten stark, gebunden M. 5. Zu beziehen von Direktor Reinling, Blankenburg am H.

**Tischler-Fachschule Detmold**  
gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten.  
:: Programme frei ::  
**Direktor Brecht.**

**Bautischler** Türen u. Tore neu ein- u. ausgebaut, bis mittelreich. Genre. 62 Entwürfe 7,25 M. 10 Probeentwürfe 1,35 M. Max Alex, Zeichneratelier, Berlin O., Frankfurter Allee 135

**Süddeutsche**  
**Schreiner-Fachschule**  
Münsterberg.  
Erstklassige Lehranstalt.  
Richard H. Nr. 1. Kalkmann

**Schreiner-**  
**Werkzeuge:** Fuchsel, feine Holzschneidwerkzeuge, auch Schraubenzieher, sowie viele andere Werkzeuge. Katalog gratis und franko.  
**HEINRICH BOSCH, Werkzeug-Vermittlung,**  
Hagen i. W.  
**Tischler-Fachschule**  
Amerau.  
verbunden mit hiesiger Fachschule.  
Ausbildung zum Drechselmeister, Meister, Zeichner, Betriebsleiter.  
Ermittliche Leistungen. Jeder nach Maß.  
Größe, einzige Kasten dieser Art.  
Preisliste frei durch: Die Direktion.

**Mitteldeutsche Tischler-Fachschule**  
Göttingen in Anhalt.  
Größe hies. Lehranstalt der Branche u. Repetitions-Kursen (Reifeprüfung) und Selbststudien.  
Programme frei durch die Direktion.  
**Eingelegte Fourniere**  
für Kabinette, Schränke, Säulen.  
Kleberbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken.  
Zuständige: Kautschukmalerei.  
Graf, Müller, Wagners, Seibelberg.  
Hauptstraße 7.

**Stellen-Angebote**  
Nach Bestellen werden  
mehrere christlich organisierte  
**:: Tischler ::**  
auf Tannen- und Eucalyptus-Möbel gesucht.  
Stellung dauernd und guter Affordlohn.  
Näheres durch Kollegen  
**Wilhelm Kilmeyer, Boerde. (Kreis Schwelm)**  
**Zwei tüchtige Modellschreiner**  
sucht wegen Eintritts der bisher beschäftigten zum Militär per sofort  
**Heinrich Brüggemann,**  
Menden i. B.